

Die Hoffnung auf das andere Amerika

Derzeit gibt es in den USA zwei Präsidenten – Was der künftige an radikalen Veränderungen anstrebt, ist bedrohlich, muss aber nicht von Dauer sein

Derzeit haben die USA zwei Präsidenten. Joe Biden sitzt noch bis zum 20. Januar im Weißen Haus und versucht unter anderem, den Krieg im Gazastreifen zu beenden. Kürzlich hat er einen – fragilen – Waffenstillstand zwischen Israel und dem Libanon hinzubekommen, und er hofft, in den nächsten Wochen noch ein Bündnis zwischen Israel und Saudi Arabien zu erreichen, das vielleicht auch irgendwie den Iran einbezieht. So könnte der Nahen Osten endlich Frieden und Stabilität finden.

Donald Trump residiert währenddessen in seinem Palast in Florida, wählt seine zukünftigen Minister, Botschafter und oberen Beamte aus und verkündet aller Welt, was er denn bald so alles machen werde, um den hohen Lebensstandard seines Landes und die globale Machtfülle der USA wieder herzustellen. Womöglich hat er bereits mit Wladimir Putin telefoniert, um einem Ende des Ukrainekrieges näherzukommen. Trump hat auch gesagt, dass er gleich am ersten Tag seiner neuen Amtszeit hohe Zölle auf Importe aus Mexiko und Kanada verhängen wolle, um beide Länder zum Vorgehen gegen die illegale Einwanderung über ihre Grenzen in die USA zu zwingen. Auch einen zusätzlichen Zoll von zehn Prozent auf alle Waren aus China wird es geben. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis das auch EU-Produkte trifft.

Die internationalen Märkte sind beunruhigt, und die führenden Politiker vieler Länder versuchen alles, um Kontakt mit Trump herzustellen und den bald wieder mächtigsten Mann der Welt auf ihre Seite zu ziehen. Das erinnert doch alles sehr an Trumps erste seltsame Amtszeit.

Vor vier Jahren, als Joe Biden die Wahlen knapp gegen Trump ge-

“ Die meisten Amerikaner – Trump-Wähler eingeschlossen – wollen keinesfalls den Rechtsstaat preisgeben

wonnen hatte, waren fast alle EU- und Nato-Mitgliedsländer tief erleichtert. Amerika schien wieder auf dem Weg in die Normalität zu sein und erneut ein verlässlicher Bündnispartner zu werden. Seit wenigen Wochen wissen wir allerdings, dass Bidens recht traditionelle Präsidentschaft nicht mehr wie einst die Regel war, sondern zur Ausnahme geworden ist. Es handelte es sich womöglich um ein letztes Aufflackern der alten außen- und innenpolitischen Wer-



KLAUS LARRES

ist Professor für Geschichte und internationale Beziehungen an der University of North Carolina, Chapel Hill, und Global Fellow am Wilson Center in Washington D.C. In seiner Kolumne schreibt der gebürtige Schleidener über die USA als Wahlheimat und liebstes Forschungsgebiet

te, mit denen die USA die Weltgeschichte seit spätestens 1940 für mehr als 75 Jahre tief geprägt haben. Trump und seine „Maga“-Bewegung (Make America Great Again) sind jetzt zur neuen Normalität geworden.

Trump's Wähler entschieden sich vor wenigen Wochen ganz bewusst dafür. Die meisten der 77,1 Millionen US-Bürger (49,83 Prozent), die Trump ihre Stimme gaben, befürworten eine radikale Umgestaltung der inneren Verhältnisse in den USA und wollen auch, dass sich die Außenpolitik ihres Landes ganz anders als bisher aufstellt, nämlich viel isolationistischer und viel protektionistischer. Globalisierung, internationale Organisationen und der Abschluss internationaler Abkommen, einschließlich wichtiger Handels- und Klimaverträge, sind Schimpfwörter für die meisten Wähler Trumps.

Doch die Lage ist nicht aussichtslos. Und hier ist es eine gute Nachricht, dass die USA in all diesen Fragen tief gespalten sind. Immerhin waren 74,7 Millionen Menschen (48,28 Prozent) im Großen und Ganzen mit der Richtung der Biden-Administration zufrieden und durchaus bereit, eine schwarze Tochter von Einwandern aus Indien und Jamaika, Kamala Harris, zur ersten Präsidentin zu machen. Trump erhielt nur 2,4 Millionen Stimmen mehr als Harris (1,55 Prozent).

Daneben gab es ja auch eine sehr hohe Zahl von Nichtwählern. Von den insgesamt 245 Millionen Wahlberechtigten gaben 36 Prozent ihre Stimme nicht ab. Anders ausgedrückt: 88 Millionen US-Bürgerinnen und -Bürger sind nicht zur Wahl gegangen. Es ist nicht anzunehmen, dass sie sich allesamt voll mit dem politischen Kurs Donald Trumps und der Maga-Bewegung identifizieren.

Um es auf den Punkt zu bringen: Die Menschen in Europa und anderswo sollten ihre Hoffnung noch nicht fahrenlassen. Die meisten Amerikaner – Trump-Wähler eingeschlossen – wollen keinesfalls den amerikanischen Rechtsstaat preisgeben. Sie befürworten auch nicht mehrheitlich Trumps Protektionismus und Semi-Isolationismus.

Schon bald dürfte die politische Welt in den USA wieder ganz anders aussehen. Bereits in zwei Jahren könnte es zu einem Kurswechsel kommen. Zwar errang Trumps Republikanische Partei am 6. November auch eine deutliche Mehrheit von 53 zu 47 Sitzen im Senat. Und im Repräsentantenhaus sind die Republikaner ebenfalls tonangebend, mit einer relativ knappen Mehrheit von 219 Sitzen. Die Demokratische Partei kommt auf 212 Sitze. Bei den Zwischenwahlen im November 2026 aber könnte der Senat und/oder das Repräsentantenhaus durchaus wieder an die Demokraten fallen. In der Vergangenheit hat die Partei des amtierenden Präsidenten in den Zwischenwahlen jeweils deutlich verloren. 2022 unter Biden war hier die große Ausnahme.

Wenn Trump ähnlich chaotisch regiert wie in seiner ersten Amtszeit, dann ist 2026 durchaus mit einem großen Sieg der Demokraten zu rechnen. Doch das bedingt, dass sie in den Bundesstaaten gute politische Arbeit leisten und auch gute Kandidatinnen und Kandidaten ins Feld führen. Beim derzeitigen miserablen Zustand der De-

“ Die USA wird sich in einem Zustand der Unsicherheit, des Kompetenzgerangels und der Unberechenbarkeit befinden

mokratischen Partei in den USA ist das allerdings unsicher.

In der Zwischenzeit muss davon ausgegangen werden, dass die neue Trump-Administration versuchen wird, eine radikale Umgestaltung der politischen Institutionen sowie der Innen-, Außen- und Handelspolitik der USA durchzusetzen. Gerade das Ansinnen der beiden ultrareichen Geschäftsmänner Elon Musk und Vivek Ramaswamy, an der Spitze einer „Agentur für Regierungseffizienz“ mit einem Zusammenstreichen der Regierungsbürokratie mehr als zwei Billionen Dollar einzusparen, wird zu Chaos führen. Es geht hier um fast ein Drittel des US-Haushalts, der sich auf 6,75 Billionen beläuft.

Die Politik der USA wird sich bald monatelang in einem Zustand der Unsicherheit, des Kompetenzgerangels und der völligen Unberechenbarkeit befinden. Das wird sich auch äußerst negativ auf die Globalpolitik der USA und die Beziehungen mit Europa und Deutschland auswirken. Doch Trump bleibt nicht ewig. Das ist eine Gewissheit in ungewisser Lage.